

Briefanschrift: IG Metall Erfurt, Wallstraße 18, 99084 Erfurt

Bundesregierung
Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Konzernmacht begrenzen, Mitbestimmung der Betriebsräte stärken

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel

Die Unternehmen erwirtschaften Gewinne in Milliardenhöhe und schließen bzw. verlagern Standorte, um die Margenziele weiter nach oben zu treiben und/oder die Aktionäre zu befriedigen.

Einher gehen Restrukturierungsmaßnahmen mit Massenentlassungen und der Zerstörung von weiteren Arbeitsplätzen im regionalen und überregionalen Umfeld und deren Zulieferindustrie. Die Regionen Erfurt und Weimar sind mit Siemens und Coca Cola direkt betroffen.

Bei Siemens in Erfurt sind unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes mit seiner Zuliefererstruktur und Kundenlieferantenbeziehungen über 1.400 Menschen direkt und unter Einbeziehung der nahestehenden Familienmitgliedern ca. 3.500 Menschen betroffen. Bei Coca Cola in Weimar dürften insgesamt mehr als 600 Menschen von der Konzern(Macht)politik betroffen sein.

Dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelt zeigen Alstom, Caterpillar, Bombardier oder Nestle die vergleichbar agierten.

Gerade Konzerne mit ihrer Marktmacht stehen in besonderer gesellschaftlicher Verantwortung. Es kann verlangt werden, dass den Artikeln 14 Abs. 2 GG („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) und Artikel 20 Abs. 1 GG („Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“) Rechnung getragen wird. Dieser Verantwortung müssen die Konzerne wieder gerecht werden.

Das geht erfahrungsgemäß nicht durch Freiwilligkeitserklärungen. Der Margenpolitik der Konzerne und der damit verbundenen Machtwirtschaft sind verbindliche, verpflichtende Regeln entgegenzusetzen, um dem Sozialstaatsprinzip und der sozialen Marktwirtschaft annähernd gerecht zu werden.

Die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen fordern die Bundesregierung auf, Werksschließungen, Werksverkäufe, Werksverlagerungen und Massenentlassungen bei Konzernen zu unterbinden, soweit dafür die Zustimmung der europäischen, der Konzern- bzw. Gesamtbetriebsräte nicht erfolgt ist.

- Industriepolitik und damit verbundene Umstrukturierungsmaßnahmen müssen der Mitbestimmung der Betriebsräte auf nationaler und internationaler Ebene unterliegen.

Datum:
16.03.2018

Unser Zeichen:
BSp/RM

IG Metall Erfurt
Wallstraße 18
99084 Erfurt

Telefon: 03 61- / 56 58 5-0
Fax: 03 61- / 56 58 5-99

E-Mail: erfurt@igmetall.de

Internet:
www.igmetall-erfurt.de

IG Metall Nordhausen
Bahnhofstr. 15/16
99734 Nordhausen

Telefon: 03 631- / 46 89 -0
Fax: 03 631- / 46 89 -22

E-Mail: nordhausen@igmetall.de

Internet:
www.igmetall-nordhausen.de

Datenschutzhinweis: Name,
Adresse und zur Bearbeitung
nötige Angaben werden
vorübergehend gespeichert

IG Metall –
Gewerkschaft für Produktion
und Dienstleistung im DGB

- Die Konzernmacht muss gesetzlich eingeschränkt werden. Hierzu fordern wir eine nationale und europäische Initiative. Verbindlichkeit statt Freiwilligkeit ist erforderlich, um dem unlauteren Treiben der Konzerne die Spielräume zu nehmen.
- Soziale Marktwirtschaft braucht klare Regeln zum Schutz der Arbeitnehmer*innen und schnell wirkende Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.
- Wir brauchen eine soziale Wirtschaftspolitik in Europa und damit verbunden, ein Recht auf menschenwürdige Arbeit.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, mit der obigen Forderung bringen die Delegierten der IG Metall Erfurt und Nordhausen ihre Forderungen nach mehr Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit zum Ausdruck. Damit verbunden sind auch die Erwartungen an die Bundesregierung, die erforderlichen Arbeitnehmerschutz- und Mitbestimmungsrechte zu schaffen. Die Bundesrepublik Deutschland gilt als stärkster Wirtschaftsstandort Europas und trägt damit besondere Verantwortung über die Grenzen Deutschlands hinaus. Damit es in Deutschland und Europa wieder zu mehr sozialer Gerechtigkeit und gelebter Demokratie kommt, sehen wir die Bundesregierung auch in der Pflicht, sich im Europäischen Parlament im obigen Sinne dafür einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Bernd Spitzbarth
1. Bevollmächtigter
IG Metall Erfurt und Nordhausen


Mario In der Au
Betriebsratsvorsitzender
Siemens Generatorenwerk Erfurt

z.K.
Koalitionspartner SPD
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen
Parlament